

die 16. fieret de S. Rocho (Hyacintho), nisi occurrent fest. S. Joachim, cum com. Dom.

Oder man vgl.: 26/27. Septemb. (in Dioec. Linc. 1885): 26.: In 2. Vesp. de S. Thoma EC. a cap. de seq. (Omn. Summor. Pontif.) com. 1. praec. (dupl.) 2. Dom. 3. Ss. Cosmae et Dam. Mm. (sem. imped.).

Oder: 9/10. Febr.: 9. (S. Apolloniae dupl.) Vesp. de seq. Commem. Passionis Dni com. 1. S. Scholasticae V. dupl. imped. (de qua fieret a cap. nisi occurreret Commem. Passionis), 2. praec. (S. Apolloniae); ebenso: 10. Febr.: In 2. Vesp. (Passionis) com. 1. seq. (VII Fundatorum) 2. S. Scholasticae V.

Oder endlich quoad Missam: (wenn man folgenden Fall setzt): In Eccl. dedicata in hon. S. Eligii (1. Dec.): (nach dem Calendar. Rom., wo Barbara als simplex commun. wird.): (pro litt. dominicali F. 3. B. 1889) 5. Dec.: S. Eligii dupl. 1. cl. c. Oct. (translatum ex 1. propter Dom. I. Advent.) com. fer. tant. 8. Dec.: Immaculata Conceptio dupl. 1. cl. — com. 1. Dom. 2. diei Octav. etiam in Missa. Trotz Rubrica general. Missalis tit. VII. num. 5.

Ried.

Religionsprofessor Josef Kobler.

XVI. (Ehedispensgesuche an die k. k. Statthalterei sind jedesmal im Wege der k. k. Bezirkshauptmannschaft einzusenden.) Im vortrefflich redigirten Amtsblatte der k. k. Bezirkshauptmannschaft Steyr Nr. 4 finden wir folgenden Erlaß ddo. 31. Jänner 1885:

Nach § 13 des a. b. G. B. kann aus wichtigen Gründen die Nachsicht von Ehehindernissen bei der Landesstelle angesucht werden, welche nach Beschaffenheit der Umstände sich in das weitere Vernehmen zu setzen hat.

In dieser Beziehung wurde mit dem Hofkanzleidecrete vom 20. December 1807 (Pol. G. S. 29. Band) den Landesstellen die strengste Genauigkeit bei Prüfung der Dispensgründe aufgetragen und bestimmt, daß die Dispens nur nach Vorbringung des Zeugnisses über den Religions-Unterricht, nach gehöriger Nachweisung der übrigen zum Abschlusse der Ehe nöthigen Eigenschaften und nach Bestätigung der Wahrheit der Dispensgründe ertheilt werden darf.

Mit Rücksicht auf diese Bestimmungen ist daher die Statthalterei nicht in der Lage, die Ehedispensen über die von den Parteien unmittelbar bei der Statthalterei eingebrachten Gesuche sofort zu ertheilen, sondern es müssen diese Gesuche vorerst an die k. k. Bezirkshauptmannschaften beziehungsweise an die Gemeinde-Aemter in Linz und Steyr geleitet werden, welche die Wichtigkeit der Dispens-Gründe zu prüfen und zu bestätigen haben.

Nach der bisherigen Gepflogenheit werden derartige Ehedispensgesuche entweder von den Pfarrämtern oder über Weisung derselben von den Parteien, mitunter auch persönlich, unmittelbar bei der Statthalterei eingebracht, wodurch sich die Verzögerung in deren Erledigung dadurch ergibt, daß diese Gesuche nach dem Vorgehenden vorerst an die Unterbehörden geleitet, und von denselben wieder der Statthalterei vorgelegt werden müssen.

Zum Zwecke einer rascheren Erledigung dieser Gesuche im Interesse der Parteien, wurde seitens der k. k. Statthalterei unterm 16. d. Z. 353/IV das hochwürdigste bischöfliche Ordinariat erlucht, die Pfarrämter zur Benehmung in vorkommenden Fällen entsprechend anzuweisen und zu beauftragen, den Parteien dahin die Belehrung zu ertheilen, daß sie die Ehedispensgesuche nicht direct an die k. k. politische Landesstelle, sondern an die k. k. Bezirkshauptmannschaft zu senden haben, und daß einem jeden dieser Gesuche nebst dem betreffenden Matrikenauszuge und den Religionszeugnissen ein Stammbaum, aus welchem der Verwandtschaftsgrad der Dispenswerber zu entnehmen ist, anzuschließen sei.

An diesen amtlichen Erlaß fügen wir folgende Bemerkungen hinzu: Das Bittgesuch an die k. k. Statthalterei um Dispens vom bürgerlichen Ehehindernisse der Verwandtschaft oder Schwägerschaft muß mit einem 50 kr.-Stempel belegt sein und soll vom Pfarramte mit Bestätigung der Wahrheit der Dispensgründe mit unterfertigt werden. Auch ist es sehr wünschenswerth, daß vom Pfarramte die Clausel beigefügt werde, daß den Brautleuten bereits die kirchliche Dispens vom obwaltenden Ehehindernisse laut Ordinariat Linz dd. . . Z. . . ertheilt worden sei.¹⁾ Erforderlich als Beilagen sind die Taufscheine der Brautleute, der Taufschein eines etwa per subsequens matrimonium zu legitimirenden unehelichen Kindes, die Religionszeugnisse, jedes mit dem Beilagestempel von 15 kr. Nicht selten fordern die k. k. Behörden auch Sittenzeugnisse, welche je mit einem 50 kr.-Stempel versehen sein müssen.

In Betreff des Stammbaumes erlauben wir uns Folgendes zu bemerken: Kann aus den eigenen pfarrlichen Matrikenbüchern die Abstammung und der Grad der Verwandtschaft oder Schwägerschaft völlig bewiesen werden, so genügt ein amtlich ausgeführter Stammbaum, welcher die Stelle so vieler Matrikenauskünfte vertritt, als darin Geburten, Trauungen oder Todesfälle erscheinen, und muß mit jenem Stempel versehen sein, welcher dem Gesammtwerthe aller jener Stempel entspricht, mit denen die in dem Stammbaume enthaltenen Tauf-, Trauungs- oder Todtenfallsbestätigungen, wenn sie einzeln ausgestellt worden wären, hätten versehen sein müssen. Der oberste gemeinsame Stipes darf durch keinen Matrikenschein nachgewiesen werden.

Wenn aber nicht alle Daten aus den eigenen Matrikenbüchern nachgewiesen werden können, sondern durch legale Matrikenscheine aus anderen Pfarreien beglaubigt werden müssen, so sollen auch die Daten aus den einheimischen Pfarrbüchern durch besondere Extracte belegt werden, und es genügt zu diesem Behufe als Stammbaum eine Uebersichtstabelle der Abstammung ohne Unterschrift, ohne Siegel und ohne pfarramtliche Beglaubigung, nur mit einem 15 kr.-Stempel versehen. Siehe Wiener Diöcesanblatt 1883, p. 92.

¹⁾ Die bischöfliche Dispensurkunde, mit einem 15 kr.-Stempel versehen, beizulegen, können wir nicht für alle Fälle anrathen, weil nicht selten seelsorgliche Anweisungen darin von Seite des hochw. bischöflichen Ordinariates enthalten sind.

Im Bittgesuche an die k. k. Statthalterei und im Stammbaume sollen die Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsgrade nicht nach canonischer Weise, sondern nach bürgerlicher Computation gezählt werden. Canonischer Seite gilt als Grundsatz in der geraden Linie: Tot gradus, quot generationes oder tot sunt gradus, quot personae una dempta (vel stipite dempto): der Vater und der Sohn sind also im ersten Grade, der Großvater und der Enkel im zweiten Grade verwandt; in der Seitenlinie, und zwar für die gleiche Seitenlinie: zwei Personen sind in dem Grade unter sich blutsverwandt, in welchem Grade sie mit dem gemeinschaftlichen Grade verwandt sind. Geschwister sind also im ersten Grade, Geschwisterkinder im zweiten, Geschwisterenkel im dritten Grade der gleichen Seitenlinie blutsverwandt; für die ungleiche Seitenlinie: die Personen sind in dem Grade blutsverwandt, in welchem Grade die entferntere Person mit dem gemeinsamen Stamme verwandt ist; also ist der Onkel (Oheim) mit der Nichte im zweiten Grade der ungleichen Seitenlinie (zweiter berührend den ersten Grad); ebenso Muhmen (Tante) und Nefte. Das bürgerliche Recht zählt die Verwandtschaftsgrade zwischen zwei Personen nach der Zahl der Zeugungen, mittelst welcher in der geraden Linie eine derselben von der andern und in der Seitenlinie beide von ihrem nächsten gemeinschaftlichen Stamme abhängen. Man nennt diese Zählung auch die römische oder civilrechtliche. Also in der geraden Linie stimmen bürgerliches und canonisches Recht zusammen; in den Seitenlinien weichen sie von einander ab, so sind Geschwister bürgerlicher Seite im zweiten, Oheim und Nichte im dritten, Geschwisterkinder im vierten Grade der Seitenlinie verwandt.

Noch anderer eventueller Beilagen müssen wir erwähnen: 1. daß der Bräutigam seiner militärischen Pflicht bereits nachgekommen sei, oder untauglich erklärt oder zeitlich befreit wurde, derzeit die Militärtaxe zahle; dauernd Beurlaubte, welche die dritte Altersklasse noch nicht überschritten haben und dgl. haben die militärische Chelicenz beizulegen. 2. Von minderjährigen Bittstellern ist die väterliche Einwilligung oder Großjährigkeitserklärung, bei minderjährigen Waisen oder unehelich gebornen Personen aber nebst der schriftlichen Erklärung des Vormundes auch die Einwilligung der obervormundschaftlichen Behörde beizubringen.

Gehört Eines der Bittsteller einem anderen Kronlande an, so ist die bürgerliche Dispens auch bei der Statthalterei dieses Kronlandes zu erwirken. (Wiener Diöcesanblatt, 1883, pag. 92.)

Erst nach Einlangen der politischen Dispens, aber nicht eher, erfolgt das Aufgebot.

Eberstälzell.

P. Wolfgang Dannerbauer.